



Melanie Fromm
Vorstandsmitglied DPV e.V.

Editorial

Analyse ersetzt kein Handeln

Mit dem angekündigten Zukunftspakt Pflege verbindet sich erneut die Hoffnung auf einen echten Aufbruch. Doch was bislang sichtbar wird, folgt einem bekannten Muster: gute Analysen, richtige Problembeschreibungen – und zu wenig verbindliche Konsequenzen. Die Betonung der Gesundheitskompetenz als Präventionsinstrument ist fachlich unstrittig. Pflegefachpersonen spielen hier eine Schlüsselrolle, denn sie sind oft die ersten und konstantesten Ansprechpartner*innen für Patient*innen und Angehörige. Doch solange Gesundheitskompetenz zwar benannt, aber strukturell nicht gestärkt, finanziert und verbindlich verankert wird, bleibt sie ein politisches Schlagwort ohne Wirkung.

Ähnlich unvollständig zeigt sich die geplante Notfallreform, die ohne die systematische Einbindung pflegfachlicher Expertise zu kurz greift. Deutlich wird die politische Schieflage auch beim Thema Mindestbesetzung. Noch immer wird sie als bürokratisches Instrument diskutiert – dabei ist sie nichts anderes als eine Frage der Patientensicherheit. Wissenschaftlich ist längst belegt: Unterbesetzung erhöht das Risiko für Komplikationen, Pflegefehler und vermeidbare Todesfälle. Mindestbesetzungen sind kein Selbstzweck, sondern ein Schutzmechanismus für Patient*innen und Beschäftigte gleichermaßen. Ein Zukunftsthema ist zudem die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Der Deutsche Pflegerat fordert zu Recht, die Kompetenzvermutung gesetzlich zu verankern und die Anerkennung internationaler Pflegefachpersonen praxisnah zu gestalten. Hochqualifizierte Pflegende dürfen nicht monatelang in Warteschleifen gehalten oder unter ihrer Qualifikation eingesetzt werden.

Die Pflege braucht keine weiteren Absichtserklärungen. Sie braucht politische Entscheidungen mit Konsequenzen, klare gesetzliche Regelungen und den Mut, Pflegefachkompetenz als das anzuerkennen, was sie ist: eine tragende Säule eines zukunftsfähigen Gesundheitssystems. Analyse ist wichtig – Handeln ist überfällig.

Melanie Fromm
Vorstandsmitglied DPV e.V.



Neue Kampagne

Der Deutsche Pflegeverband e.V. hat eine neue Kampagne gestartet. Das Motto: Mitglieder werben Mitglieder. Es geht um Zusammenhalt, Solidarität, Bildung, Entwicklung, Wertschätzung, Mitgestaltung und mehr. Einer unserer Slogans lautet: „Du stehst am Anfang? Dann ist jetzt der Moment, Teil von #WirMachenMehr zu werden.“

Weitere Informationen finden Sie auf Seite 2.

dpv-online.de

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Starkes Zeichen für die Zukunft der Pflege
 - Mitglieder werben Mitglieder
 - #nextGenDPV
- 3 • Zukunftspakt: Deutscher Pflegerat fordert klare Rolle der Pflege
- 4 • Notfallreform bleibt ohne Pflegefachkompetenz unvollständig
 - Mindestbesetzung in der Pflege ist Patientensicherheit
- 5 • Kompetenzvermutung gesetzlich verankern
 - DPR als einzige maßgebliche Organisation in der Pflege anerkennen
- 6 • PPIN-Symposium: Professionelle Nähe statt Distanz
- 7 • Pflegekammer NRW feierte „Tag des Ehrenamtes“
 - Jubilare
- 8 • Impressum

Starkes Zeichen für die Zukunft der Pflege

(Neuwied/Ilfeld) – Der Deutsche Pflegeverband (DPV) hat im Rahmen seiner Mitgliederversammlung in der Neanderklinik Harzwald am 8. Dezember 2025 ein deutliches Signal für die Zukunft gesetzt: Mit breiter Zustimmung wurde die Initiative #NextGenDPV verabschiedet. Ziel ist es, Pflegefachpersonen und Pflegepersonen mit mehr digitaler Unterstützung, einer stärkeren Stimme in Politik und Gesellschaft sowie zukunftsfähigen Strukturen zu auszustatten.

Vorstandsvorsitzender Dr. rer. cur. Markus Mai dankte den Mitgliedern

für ihre große Unterstützung und betonte die Bedeutung der neuen Aktivitäten, die durch Social Media und moderne Marketingansätze zusätzliche Reichweite erhalten. Auch die Geschäftsführerin des Verbandes, Martina Röder, stellte einen umfassenden Bericht über bundesweite Projekte vor, die die Rolle des DPV als Interessenvertretung der Pflege(fach)personen weiter festigen. Das erste Highlight 2026 liegt schon hinter uns: die Vorbereitung, Unterstützung und Präsenz beim Kongress Pflege 2026 von Springer Pflege. Der Kongress fand gemeinsam mit dem

Deutschen Pflege-Recht-Tag am 30. und 31. Januar 2026 im Berliner Maritim proArte Hotel statt. Mehrere Angebote des DPV machten die Aktivitäten des Verbandes sicht- und erlebbar.

Positive Bilanz und klare Perspektiven

Die Finanzlage des Verbandes ist positiv. Herausforderungen und konkrete Projekte für das Jahr 2026 sind klar benannt und werden im Konsens des gesamten Vorstands umgesetzt.

Der DPV bietet seinen Mitgliedern 2026 attraktive Leistungen, darunter:

- Vollwertige Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung
- Zugang zu Fachmagazinen und Bildungsangeboten
- Interessenvertretung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene
- Zuschüsse, z.B. für die Teilnahme am Interdisziplinären WundCongress (IWC) Köln 2026

Der Vorstandsvorsitzende Dr. Markus Mai schloss die Versammlung und dankte allen Beteiligten. Die Botschaft ist klar: Die Pflege geht NextGen – mit mehr Stärke, mehr Sichtbarkeit und mehr Zukunft.



© DPV e.V.

Vorstandsvorsitzender Dr. Markus Mai, Geschäftsführerin Martina Röder und Servicepoint-Leiterin Silvia Böhme

dpv-online.de

Mitglieder werben Mitglieder – #nextGenDPV

Gemeinsam Zukunft gestalten – bis 2032 und darüber hinaus!

Das ist das Motto der neuen Kampagne, die wir als Deutscher Pflegeverband starten. Ziel ist es, unsere Stärken sichtbar zu machen: Zusammenhalt und Wachstum. Unter dem Motto „Mitglieder werben Mitglieder“ laden wir Sie ein, aktiv Teil der nächsten Generation unseres Verbandes zu werden – #nextGenDPV. So funktioniert's:

- Werben Sie neue Mitglieder für den DPV.
- Teilen Sie unsere Mission auf Facebook und LinkedIn – folgen Sie uns und bleiben Sie vernetzt.

- Jede Empfehlung zählt und bringt uns gemeinsam einen Schritt näher zur Pflegezukunft 2032.

Ihre Vorteile: Unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern verlosen wir wertvolle Preise – von exklusiven Sachprämien über besondere Anerkennungen bis hin zu weiteren Überraschungen.

Warum mitmachen?

- Sie stärken die Stimme der Pflege in Deutschland.
- Sie gestalten aktiv die Entwicklung des Fachverbandes bis 2032.
- Sie zeigen, dass Pflege mehr ist als ein Beruf – es ist eine Bewegung.



Werden Sie Teil der #nextGenDPV!

Jetzt mitmachen, neue Mitglieder gewinnen und gemeinsam die Zukunft der Pflege gestalten. Folgen Sie uns auf Facebook und LinkedIn – und seien Sie dabei!

Die Details teilen wir noch gesondert mit, diese standen bei Redaktionsschluss noch nicht endgültig fest.

dpv-online.de

Zukunftspakt Pflege

Deutscher Pflegerat fordert klare Rolle der Pflege

Der Deutsche Pflegerat (DPR) sieht in den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ zwar wichtige Problembeschreibungen, vermisst aber klare politische Entscheidungen. Als verantwortliche Akteurin ist die Pflegeprofession in diesem kaum sichtbar.

„Das Papier beschreibt vieles, was wir seit Jahren wissen – es bleibt aber bei einer unverbindlichen Sammlung von Möglichkeiten stehen“, sagt DPR-Präsidentin Christine Vogler. „Für Millionen pflegebedürftige Menschen, ihre An- und Zugehörigen und alle, die in der Pflege arbeiten, schafft das keine Sicherheit für die nächsten Jahre.“

Damit scheut die Politik aus Sicht des Pflegerats genau die Debatte, die jetzt notwendig wäre: Wer trägt künftig welche Verantwortung für die Finanzierung von Pflege, für die Versorgungssicherheit und die spürbare Entlastung der Pflegebedürftigen?

„In den nächsten zehn Jahren geht rund ein Viertel der Pflegefachpersonen in Rente, gleichzeitig steigt die Zahl der Pflegebedürftigen weiter an. Das ist Demografie, keine Überraschung. Gleichzeitig fehlt in den Eckpunkten die systemische Verankerung der Pflegeprofession und ihrer Expertise als wesentlicher Pfeiler der Lösung“, so die DPR-Präsidentin.

„Das würde die Versorgungssicherheit stärken und verhindern, dass Ressourcen im System verloren gehen. Stattdessen bleiben Finanzierungswege und strukturelle Entscheidungen unpräzise. Damit verlieren wir wertvolle Zeit.“

Pflegefachliche Zuständigkeiten hinterlegen

Positiv hebt der Deutsche Pflegerat hervor, dass Prävention, fachliche Begleitung und digitale Unterstützung im Zukunftspakt deutlich benannt werden. Die stärkere Ausrichtung auf vorausschauende, häusliche Versorgung und die Entlastung pflegender An- und Zugehöriger gehen in die richtige Richtung. Entscheidend ist aus Sicht des Pflegerats jedoch, dass diese Ansätze verbindlich mit pflegefachlichen Zu-

ständigkeiten hinterlegt werden – in der häuslichen und stationären Pflege und im Zusammenspiel mit der kommunalen Gesundheitsversorgung. Ohne klar definierte Rollen und erweiterte Kompetenzen für Pflegefachpersonen bleiben auch gute Ideen im Alltag wirkungslos.

Kritisch sieht der DPR zudem die im Papier vorgesehenen erweiterten Entscheidungsspielräume beim Personaleinsatz. Mehr Flexibilität kann helfen, Versorgungsengpässe abzufedern – sie darf aber nicht dazu führen, dass Qualifikationsniveaus abgesenkt und pflegesensitive Qualitätsstandards ausgehöhlt werden. „Wer an der Qualifikation spart, riskiert vermeidbare Komplikationen, zusätzliche Krankenhausaufenthalte und am Ende höhere Kosten im System“, warnt Vogler. „Eine moderne Gesundheitsversorgung braucht gut ausgebildete Pflegefachpersonen – in ausreichender Zahl und mit klaren Entscheidungsspielräumen.“

Für stabile Versorgung ein umfassender Blick notwendig

Die Eckpunkte fokussieren sich zudem zu stark auf die Strukturen der Pflegeversicherung und greifen das sektorenübergreifende Versorgungssystem zu wenig auf. Für eine stabile Versorgung ist dieser umfassende Blick jedoch notwendig.

Der Deutsche Pflegerat fordert Bund und Länder deshalb auf, aus dem Zukunftspakt ein echtes Arbeitsprogramm zu machen: mit verbindlichen Entscheidungen zur Begrenzung der Eigenanteile, zu einer solidarischen und tragfähigen Finanzierung, zu erweiterten pflegerischen Kompetenzen und zu einer stärkeren Verankerung von Pflege in Public-Health- und sektorenübergreifenden Versorgungsstrukturen.

„Wir reden hier nicht nur über die Arbeitsbedingungen einer Berufsgruppe, sondern über die Frage, wie wir Pflege und Gesundheitsversorgung für kommende Generationen sichern“, so Vogler. „Dafür braucht es mehr als eine Sammlung bekannter Probleme – es braucht jetzt den politischen Mut zu klaren Entscheidungen und einen Zukunftsvertrag mit der Pflege.“

Pflegende unverzichtbar für Gesundheitskompetenz

Zuvor hatte der DPR in einem aktuellen Positionspapier die Bedeutung von Gesundheitskompetenz für Prävention und sichere Versorgung betont. Pflegefachpersonen spielen dabei eine unverzichtbare Rolle. Gesundheitskompetenz befähigt Menschen, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen und im Alltag anzuwenden. Sie hilft, Risiken früh zu erkennen, bessere Entscheidungen zu treffen und Unsicherheiten zu vermeiden. „Gesundheitsinformationen helfen dann, wenn sie verstanden werden“, hebt Vogler hervor. „Pflegefachpersonen begleiten Menschen täglich. Sie geben Orientierung, erklären Zusammenhänge und schaffen Sicherheit. Diese Unterstützung ist entscheidend für den Aufbau und die Nutzung von Gesundheitskompetenz.“

deutscher-pflegerat.de

Notfallreform bleibt ohne Pflegefachkompetenz unvollständig

(Berlin) Der Deutsche Pflegerat (DPR) warnt, dass die geplante Reform der Notfallversorgung ohne die Einbindung pflegefachlicher Kompetenzen ihre Ziele verfehlen wird. Der aktuelle Referentenentwurf für das Gesetz behandelt wichtige strukturelle Fragen, ignoriert jedoch die wesentlichen Beiträge der professionellen Pflege. Damit bleibt ein Steuerungs- und Qualitätsdefizit bestehen, das insbesondere die Versorgung pflegebedürftiger, geriatrischer, palliativer und psychiatrischer Patient*innen betrifft.

DPR-Präsidentin Christine Vogler erklärt: „Die Notfallreform bleibt unvollständig, solange die pflegerische Expertise nicht gesetzlich verankert wird. Pflegefachpersonen erkennen oft als Erste kritische Situationen wie Stürze,

Verschlechterungen chronischer Erkrankungen, Infektionen, Dehydration oder palliative Krisen. Viele dieser Notfälle betreffen primär pflegerische Versorgungssituationen und -bedarfe.

Wer diese Kompetenzen in der Notfallversorgung nicht systematisch einbindet und Zuständigkeiten nicht klar regelt, nimmt Fehlsteuerungen, unnötige Transporte und weitere vermeidbare Belastungen der Betroffenen und ihrer An- und Zugehörigen sowie den Notaufnahmen in den Kliniken in Kauf. Der Referentenentwurf erkennt die Versorgungsrealität bislang nicht ausreichend an und verengt den Notfallbegriff überwiegend auf ärztlich-medizinische Interventionen.

Der Deutsche Pflegerat erwartet, dass Pflegefachpersonen mit entsprechender

Qualifikation gesetzlich als eigenständige Akteure der Notfallversorgung anerkannt werden und nicht unter der Sammelbezeichnung ‚nichtärztliches Fachpersonal‘ verschwinden. Sie müssen für evidenzbasierte strukturierte Ersteinschätzungen, telemedizinisch unterstützte Entscheidungen und sektorenübergreifende Notfallabläufe für ihren Kompetenzbereich verantwortlich eingesetzt werden. Dafür braucht es einen verbindlichen Qualifikationsrahmen und eine eindeutige Rollenbeschreibung im Notfallmanagement.“

Der DPR fordert daher eine verbindliche Nachsteuerung im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

deutscher-pflegerat.de

Mindestbesetzung in der Pflege ist Patientensicherheit

(Berlin) Der Deutsche Pflegerat (DPR) warnt davor, Sicherheitsstandards für Patient*innen im Zuge des Krankenhausreforms zu schwächen. DPR-Präsidentin Christine Vogler betont: „Pflege ist kein Kostenfaktor. Pflege ist ein zentraler Qualitäts- und Sicherheitsfaktor. Wer Versorgungsqualität verspricht, muss Mindeststandards für Pflege verbindlich absichern – und nicht aus dem System herauslösen. Pflegepersonaluntergrenzen (PpUG) sind gesetzlich festgelegte Mindestvorgaben, wie viele Pflegefachpersonen in pflegesensitiven Krankenhausbereichen pro Schicht mindestens eingesetzt werden müssen. Sie sind ein Sicherheitsnetz gegen Unterbesetzung: Wenn zu wenig Pflegepersonal da ist, steigt das Risiko für längere Liegezeiten, vermeidbare Komplikationen und Todesfälle. Internationale Studien und nationale Qualitätsberichte zeigen diesen Zusammenhang konsistent. Die PpUG ersetzen keine bedarfsgerechte Personalbemessung“, so Vogler weiter. „Aber sie setzen eine Untergrenze – und diese Untergrenze schützt Patient*innen.“

Bürokratieabbau darf nicht Deregulierung bedeuten

Umso schwerer wiegt die geplante Streichung der Pflegepersonaluntergrenzen aus der Leistungsgruppensystematik. Der DPR bewertet dies als gravierendes Versäumnis. Zugleich unterstützt der Pflegerat die Entlastung von unnötiger Bürokratie – aber nicht, indem man Sicherheitsregeln aushebelt.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, klare Anforderungen an Umfang und Qualifikation der Profession verbindlich festzulegen. Das Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (BEEP) stärkt die eigenverantwortliche Leistungserbringung durch Pflegefachpersonen im Krankenhaus. Dieser Paradigmenwechsel muss sich in den Leistungsgruppen widerspiegeln. Andernfalls drohen Fehlanreize, Unterforderung und Versorgungsbrüche.

„Es ist zudem nicht mehr nachvollziehbar, dass die Leistungsgruppensystematik fast ausschließlich ärztlich definiert wird, während Pflegekompetenzen gleichzeitig erweitert werden. Wer Versorgungsqualität verbessern will,

muss die Profession Pflege konsequent berücksichtigen“, erläutert Vogler. Flexibilität dürfe nicht zulasten von Qualität und Sicherheit gehen. Der DPR fordert:

- PpUG als verbindliches Qualitätskriterium in der Leistungsgruppensystematik beibehalten – mindestens so lange, bis ein valides Instrument zur bedarfsgerechten Personalbemessung in den Leistungsgruppen abgebildet ist (z.B. PPR 2.0 und Kinder(intensiv)-PPR 2.0)
- Wirksame, digitale und unabhängige Kontrolle der personellen Mindestbesetzung, nicht nur über Datenlieferungen, sondern mit belastbaren Prüfmechanismen
- Beauftragung des Leistungsausschusses, pflegerische Struktur- und Prozesskriterien für die Leistungsgruppen auszuarbeiten und weiterzuentwickeln, damit die Profession Pflege nicht nur formal vertreten ist, sondern auch inhaltlich wirksam mitgestalten kann.

deutscher-pflegerat.de

Kompetenzvermutung gesetzlich verankern

(Berlin) Der Deutsche Pflegerat (DPR) fordert in einem Positionspapier eine schnellere und qualitätsgesicherte Anerkennung ausländischer Pflegefachpersonen. Angesichts des anhaltenden Fachpersonalmangels ist ihre Integration zentral für eine stabile pflegerische Versorgung in Deutschland.

Voraussetzungen klar definiert

Im Papier wird die Einführung einer gesetzlichen Kompetenzvermutung im Pflegeberufegesetz vorgeschlagen. Die Gleichwertigkeit einer ausländischen Pflegeausbildung soll unter klar definierten Voraussetzungen als festgestellt gelten, wenn eine internationale Pflegefachperson eine mindestens dreijährige Ausbildung oder ein gleichwertiges primärqualifizierendes Studium absolviert hat und eine Berufszulassung im Herkunftsland vorliegt. Der Deutsche Pflegerat schlägt weiter vor, die Kompetenzvermutung verbindlich an einen Defizitbescheid im Anerkennungsverfahren sowie an eine Sprachkompetenz auf dem Niveau von mindestens B2 zu knüpfen.

„Ohne internationale Pflegefachpersonen ist eine verlässliche pflegerische Versorgung in Deutschland nicht mehr möglich“, erklärt Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats. „Die Kompetenzvermutung schafft Klarheit und Tempo im Anerkennungsverfahren. Der Defizitbescheid sorgt dafür, dass Unterschiede fachlich systematisch geprüft, transparent benannt und gezielt ausgeglichen werden können. So verbinden wir eine beschleunigte Anerkennung mit Qualität und Sicherheit.“

Defizite ausgleichen

Werden im Anerkennungsverfahren wesentliche Unterschiede zur deutschen Pflegeausbildung festgestellt, sollen diese im Defizitbescheid benannt und durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen oder eine Gleichwertigkeitsprüfung innerhalb von zwei Jahren ausgeglichen werden. Während dieser Zeit soll eine vorläufige Berufserlaubnis zur Tätigkeit als Pflegefachperson unter Auflagen erteilt werden – inklusive entsprechender Vergütung und Anerkennung auf die Stellenschlüssel der Pflege-



Ausländische Pflegefachpersonen qualitätsgesichert und schneller anerkennen

geeinrichtungen und Kliniken. Der Deutsche Pflegerat sieht die Kompetenzvermutung als wichtigen Beitrag zur Entlastung der Pflegepraxis, zur Sicherung der pflegerischen Versorgung in ambulanten, akut- und stationären Einrichtungen sowie als Signal für eine moderne, verantwortungsvolle Anerkennungskultur.

deutscher-pflegerat.de

DPR als einzige maßgebliche Organisation in der Pflege anerkennen

(Stuttgart) Der Landespflegerat Baden-Württemberg e.V. unterstützt nachdrücklich das Vorhaben des Bundesgesundheitsministeriums, den Deutschen Pflegerat (DPR) als maßgebliche Organisation der Pflegeberufe auf Bundesebene anzuerkennen. „Die Pflegeberufe brauchen endlich eine starke, vereinte Stimme, die auf Augenhöhe mit anderen Heilberufen agiert“, erklärt Ronny Brosende, Vorsitzender des Landespflegerats Baden-Württemberg. „Seit Jahren kämpfen wir dafür, dass die Politik einen klaren Ansprechpartner für die Pflegeberufe hat. Mit der Anerkennung des DPR wird dieses Ziel nun greifbar.“

Der Vorsitzende weist Behauptungen zurück, die Langzeitpflege sei im DPR nicht ausreichend repräsentiert. „Diese Aussage entspricht nicht den Tatsachen“,

stellt Brosende klar. „Über die Mitgliedsverbände und die Landespflegeräte ist die Langzeitpflege umfassend vertreten. Zudem wurde im Oktober 2025 mit Peter Koch darüber hinaus ein ausgewiesener Experte als Beirat für Langzeitpflege in den DPR berufen.“ Brosende, selbst Altenpfleger und geschäftsführender Vorstand eines Trägers in der Langzeitpflege, betont: „Die fachliche Kompetenz für die Langzeitpflege ist im DPR eindeutig vorhanden.“

Politik darf sich nicht täuschen lassen

Mit deutlichen Worten kritisiert Brosende die Bestrebungen des Deutschen Verbands der Leitungskräfte der Alten- und Behindertenhilfe e.V. (DVLAB), durch die Reaktivierung der BundesAl-

tenhilfevertretung als eigenständige maßgebliche Organisation anerkannt zu werden. „Hier werden Trägerinteressen mit Berufsinteressen verwechselt“, warnt der Vorsitzende. „Der DVLAB plant, sich über Förderbeiträge von Pflegeeinrichtungen zu finanzieren. Das ist keine unabhängige Interessenvertretung der Pflegeberufe, sondern faktisch ein Trägerverband.“

„Die Politik darf sich nicht hinters Licht führen lassen“, appelliert Brosende eindringlich an das Bundesgesundheitsministerium. „Es geht um die Interessen der Pflegeberufe. Nicht um Trägerinteressen oder Machterhalt. Eine Zersplitterung würde alle Bemühungen zunichtemachen.“

lpr-bw.de

1. Symposium des Pflegenetzwerks psychiatrischer Intensivstationen Niedersachsen

Professionelle Nähe statt Distanz

Unter dem Motto „Zukunft der psychiatrischen Intensivpflege gemeinsam gestalten“ trafen sich am 12. November 2025 rund 180 Fachkräfte aus Pflege, Medizin, Justiz, Polizei, Politik und Rettungsdienst. Das Pflegenetzwerk psychiatrischer Intensivstationen Niedersachsen (PPIN) hatte eingeladen, Gastgeber war das Wahrendorff Klinikum Köthenwald.

Die großen Themen des Tages waren Nähe, Vernetzung und Verantwortung. Vorträge und Workshops behandelten Gewaltprävention, ethische Fragen, Sprache in der psychiatrischen Versorgung und die Rolle von Pflegeexpert*innen. Doch die zentrale Frage kam in der Podiumsdiskussion auf: Wie schaffen wir eine sichere, menschenwürdige und zukunftsfähige psychiatrische Intensivversorgung? Cordula Schweiger, Pflegedirektorin des Hauses, fasste den Anspruch des Netzwerks zusammen: „Nur durch Austausch und Vernetzung können wir die psychiatrische Intensivpflege in Niedersachsen langfristig verbessern.“ Sie und Vanessa Strecker, pflegerische Gruppenleitung von der MHH, führten durch die Veranstaltung in Sehnäde.

Versorgungslücken im Fokus

Die Podiumsdiskussion zeigte, wie stark die psychiatrische Intensivpflege an den Schnittstellen von Versorgung, Haltung und Strukturen herausgefordert ist. Im Mittelpunkt stand die Frage

nach ausreichenden Ressourcen und dem notwendigen direkten Kontakt zu den Patient*innen. Tobias Urbanczyk, Pflegedienstleiter der Universität Göttingen, benannte das Problem: „Wie sichern wir die Anwesenheit an Wochenenden und Feiertagen? Welche Berufsgruppen sind dann vor Ort und haben sie direkten Kontakt zu den Patienten?“ Seine Frage nach einem flächendeckenden Patientenkontakt machte deutlich, wie zentral dieser unmittelbare Bezug für eine belastbare Versorgung ist.

Richterin Annette Loer vom Amtsgericht Hannover betonte, dass man ambulante Angebote stärken müsse, um unnötige Verläufe zu verhindern: „Langlieger haben auf Intensivstationen nichts verloren. Wo finden sie eine passende stationäre Weiterbehandlung?“ Auch Anna Seiler, Stationsleiterin der Psychiatrischen Intensivbetreuung im Wahrendorff Klinikum, hob die besondere Komplexität dieser Patientengruppe hervor: „Langlieger stellen eine umfassende Herausforderung dar.“

Sprache als zentrales Werkzeug

Prof. Michael Schulz vom LWL-Klinikum Gütersloh, Autor von „Sprache in der Psychiatrie“, machte deutlich, wie stark gesellschaftliche Entwicklungen die Intensivstationen prägen. Er wies darauf hin, dass der Druck auf die Einrichtungen wächst und neue Antworten nötig sind: „Die Gesellschaft verändert sich und damit auch die Landschaft der psychiatrischen Versorgung. Eine besorgniserregende Entwicklung ist die Zunahme an Menschen, die in der Forensik untergebracht werden.“ Hier braucht es neue Versorgungsmodelle und vor allem Lösungen, die institutensübergreifend und gemeindeorientiert entwickelt werden. „Gute Lösungen für die Bevölkerung“, so betonte er,

entstünden nur gemeinsam, „mit Betroffenen, Angehörigen, Vertretern der Gemeinde und der Polizei.“

Pflege im Sozialraum

Die Frage, wie sich Intensivpflege künftig vermeiden oder verringern lässt, führte zurück zu grundlegenden Überzeugungen. Urbanczyk hob die Bedeutung von Initiative und Austausch hervor: „Wir müssen aktiv auf Patient*innen zugehen, evidenzbasiert arbeiten und die Kommunikation verbessern.“ Andreas Landmann, Vorsitzender der Besuchsregion Hannover, sieht den Schlüssel im Sozialraum: „Psychiatrische Pflege findet im Sozialraum statt. Ohne Angehörige und Betroffene geht es nicht.“ Ambulante und stationäre Angebote müssten enger zusammenarbeiten, um Psychiatrie wirklich neu zu denken.

Im letzten Teil der Diskussion ging es darum, wie eine offenere und stärker gemeindepsychiatrisch ausgerichtete Intensivpflege gestaltet werden könnte. Loer fand deutliche Worte: „Zwang ist eine Notlösung und ein Armutszeugnis. Wir brauchen Alternativen.“ Sie forderte eine kontinuierliche sozialpsychiatrische Begleitung und die Anerkennung von Selbstbestimmung: „Es gibt ein Recht auf Krankheit, auf Selbstbestimmung und auch auf Selbstgefährdung.“ Gleichzeitig betonte sie die Verantwortung, besonders jene im Blick zu behalten, „die durchs Netz fallen.“

Prof. Schulz betonte die Bedeutung der Genesungsbegleiter*innen: „Genesungsbegleiter dürfen nicht gegen die Teams arbeiten. Ihre Aufgabe muss klar definiert sein.“ Landmann hob hervor, wie entscheidend es ist, die junge Generation von Fachkräften frühzeitig mit diesen Konzepten vertraut zu machen. Ein besonders eindrucksvoller Beitrag



© Wahrendorff/Helge Krückeberg

Die Gründungsmitglieder des Pflegenetzwerks freuen sich über weitere Mitstreiter in der Netzwerkarbeit.

kam von Elke Duchscherer, die als Genesungsbegleiterin an der KRH Psychiatrie Wunstorf Patient*innen mit ihrer Peer-Arbeit unterstützt. Sie sagte: „Wir holen Patienten mit unserer Erfahrung ab. Wir zeigen, wie man Krisen überwindet, weil wir es selbst erlebt haben.“ Auf die übliche Forderung nach professioneller Distanz antwortete sie: „Ich

möchte professionelle Nähe leben.“ Dieser Satz zeigte: Psychiatrische Intensivpflege entfaltet ihre Wirkung vor allem dort, wo Nähe, Vertrauen und persönliche Beziehungen gezielt als professionelles Werkzeug genutzt werden.

Das Symposium machte deutlich: Zukunftsfähige psychiatrische Intensivpflege entsteht im Zusammenspiel von

stationärer und ambulanter Versorgung, von Fachkräften, Angehörigen, Gemeindepsychiatrie und Peers. Professionelle Nähe – geprägt von Haltung, klaren Strukturen und guter Vernetzung – ist der Schlüssel.

pflegenetzwerk-pin.de

Pflegekammer NRW feierte „Tag des Ehrenamtes“

(Düsseldorf) Noch vor wenigen Jahren war die Stimme der professionellen Pflege in Nordrhein-Westfalen kaum hörbar: Der damalige Pflegerat vertrat die Interessen der Pflegenden in lediglich drei landesweiten Gremien. Mit der Gründung der Pflegekammer hat sich dieses Bild grundlegend verändert. Heute bringt die Kammer die Stimme der Pflege in 57 interne und externe Gremien ein. Am Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember würdigte die Pflegekammer NRW das Engagement der rund 290 ehrenamtlich aktiven Pflegefachpersonen.

„Unsere Fortschritte sind nur möglich, weil so viele Pflegenden bereit sind, zusätzlich zu ihrem anspruchsvollen Berufsalltag Verantwortung für die Weiterentwicklung ihres Berufsstandes zu übernehmen“, betonte Sandra Postel, Präsidentin der Pflegekammer NRW.

Pflegefachpersonen engagieren sich als gewählte Mandatsträger*innen in der Kammerversammlung, wirken in fachlichen Arbeitsgruppen und Aus-

schüssen mit oder vertreten die Pflege als Delegierte in landesweiten Gremien sowie kommunalen Konferenzen. Dadurch fließt pflegefachliche Expertise in politische Debatten ein, von der Landeskrankenhausplanung über den Landesfachbeirat Psychiatrie bis hin zu lokalen Entscheidungsprozessen.

Ein Beispiel dafür war die Kommunalwahl. Die Kammer stellte allen Pflegefachpersonen das für die jeweilige Kommune betreffende Zahlenmaterial zur Verfügung, um den Versorgungsmangel als zentrales Wahlkampfthema sichtbar zu machen. Die zugänglichen Vorlagen enthielten präzise Zahlen zur dramatischen Lage in den jeweiligen Kommunen. Diese zeigten nahezu überall das gleiche Bild: In wenigen Jahren droht aufgrund der demografischen Entwicklung der Pflegefachpersonen ein Versorgungskollaps. Mit den Informationen konnten Pflegefachpersonen das Gespräch mit lokalen Politiker*innen suchen und nachfragen, welche konkreten Maßnahmen sie planen.

Kammerarbeit sichtbar machen

Für Pflegenden, die sich an ihrem Arbeitsort für ihren Berufsstand einsetzen möchten, gibt es eine weitere Möglichkeit des Engagements: das Netzwerk der Kammerbotschafter*innen. In der Rolle unterstützen Pflegefachpersonen die berufspolitische Stärkung der Pflege, etwa indem sie Kolleg*innen über die Kammer informieren und zur Mitwirkung motivieren. „Die Kammerbotschafter und Kammerbotschafterinnen sind für uns ein zentraler Baustein, um die Stärke der Pflege dorthin zu tragen, wo sie entsteht – bei den Kollegen und Kolleginnen“, so Dominik Stark, Vorstandsmitglied der Pflegekammer NRW und Ressortverantwortlicher für Kommunikation. „Sie machen die Arbeit der Kammer sichtbar und zeigen, dass berufspolitisches Engagement kein fernes Konzept ist, sondern konkret vor Ort beginnt.“ Rund 60 Botschafter*innen sind bereits aktiv.

pflegekammer-nrw.de

Jubilare Februar 2026

40 Jahre

Julia Boltz, Rülzheim
Karin Reicherz, Koblenz

Olaf Backhaus, Frankfurt
Dagmar Richter, Bad Camberg
Andrea Schmalenberger, Waldfischbach

30 Jahre

Erika Georg, Greifenstein
Renate Fuchs, Dachrieden
Ariane Hömer, Maintal
Birgit Müller, Hauptstuhl

20 Jahre

Elisabeth Müller, Lahnstein

10 Jahre

Ruth Wallerich, Hamburg



Gabriele Gomolinsky, Voehl
Manuela Greco, Solingen
Maren Thode, Köln
Reinhard Holtricher, Gießen

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



facebook.com/pflegeverband
instagram.com/dpv_nextgen/

Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin
des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland- Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Nina Benz
Service-Point Leiterin
benz.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit
HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen